

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schölnn

Telefon: (0228) 21 9038/39  
Telefax: 866846 ppbn d  
Telefax: 21 0664

## Inhalt

Prof. Horst-Eberhard Richter zur Entwicklung in beiden deutschen Staaten: Die neue Rolle der Deutschen (Teil I).

Seite 1

Dieter Schanz MdB zu den jüngsten Annäherungstendenzen zwischen China und Vietnam sowie zu Japans möglicher Rolle als Vermittler im Kambodscha-Konflikt: Bewegung in der Kambodscha-Frage.

Seite 4

Ernst Haar MdB zur Notwendigkeit, die Städte wieder menschengerecht werden zu lassen: Innerörtlichen Autoverkehr ausdünnen.

Seite 5

Helga Timm MdB zur Verdoppelung der Zahl weiblicher SPD-Bundestagsabgeordneter aus Hessen: Engagement für den frauenfeindlichen Umbau der Gesellschaft.

Seite 6

45. Jahrgang / 92

15. Mai 1990

Die neue Rolle der Deutschen (\*) (Teil I)

Gedanken zur Entwicklung in beiden deutschen Staaten

Von Prof. Horst-Eberhard Richter

Das Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands ist nicht nur eine politisch-technische, sondern zuallererst eine geistig-politische Aufgabe. Wie finden wir nach 45 Jahren partieller Entfremdung unter zwei gegensätzlichen Systemen zu einem gemeinsamen Bewußtsein? Wie begreifen wir unsere neue Rolle in der Herausforderung, zum Bau eines neuen Europas ohne Blockkonfrontation beizutragen?

Es ist daran zu erinnern, daß der zur friedlichen Revolution in der DDR führende Widerstand ursprünglich von Menschen und Gruppen begründet wurde, die sich für eine neue geistig-moralische Orientierung der Politik engagierten. Das waren Basisinitiativen der Friedens- und Menschenrechtsbewegung aus dem sozialistischen und dem christlichen Lager, Liedermacher, Künstler, Wissenschaftler, Schriftsteller einer linken Intelligenzia. Sie verband die Leitidee einer humanistischen, ökologischen, demokratischen Gesellschaft ohne Blockkonfrontation und Atomwaffen. Unter dem Schutz der evangelischen Kirche wuchsen mannigfache Dissidentengruppchen und Gruppen zu einer autonomen Friedensbewegung zusammen, mit der Teile der humanistischen Friedensbewegung der Bundesrepublik Kontakt pflegten, wann und wo immer dies möglich war.

Jedenfalls einte die DDR-Dissidenten und ihre bundesdeutschen Freunde der Widerspruch gegen eine Macht- und Stärkepolitik, die beiderseits zu einer Überrüstung bei Vernachlässigung fundamentaler sozialer, ökologischer und entwicklungspolitischer Aufgaben geführt hatte. Im Kampf gleichermaßen gegen die östlichen SS 20 und die westlichen Pershing 2 befand man sich beiderseits im oppositionellen Lager, von der eigenen Regierung jeweils als kommunisten- oder imperialistenhörig diffamiert. Hüben wie drüben galten die unabhängigen Friedensgruppen - es ist noch nicht lange her - als Sicherheitsrisiko, observiert und behindert, drüben mit Gewalt, hier durch propagandistische Verfemung.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mü. zuzügl. Mwst und Versand.

Vermindert Umweltschaden  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



Jedenfalls sollte man nicht vergessen, daß diese diskrete, subversive deutsch-deutsche Bundesgenossenschaft im Vorfeld der späteren Revolution durch die Utopie einer abgerüsteten ökologischen internationalen Völkergemeinschaft geprägt war und nicht etwa durch die Leitidee der mechanischen Abkoppelung einer gescheiterten DDR-Gesellschaft an eine vollkommene bundesdeutsche D-Mark-Gesellschaft.

Noch im Herbst sah man in der DDR die geistigen Widerstandspioniere in vorderer Linie, die Friedens- und Menschenrechtsgruppen, die kritischen Schriftsteller und die engagierten Pfarrer. Gehärtet durch die vielfältigen ihnen und ihren Familien zugemuteten Schikanen, Bespitzelungen, Verhaftungen, standen sie jetzt als glaubwürdige Beispiele ermutigend vor dem Volk, das auf die Straßen ging. Einiges von ihrem Geist schien bewahrt bei den Massen, die sich in Leipzig von der Nikolai-Kirche aus aufmachten und in Berlin auf dem Alexanderplatz Christ Wolf und Stefan Heym zujubelten. Aber bald wurden bekanntlich jene geistigen Wegbereiter, die kritischen, selbstbewußten Revolutionäre der ersten Stunde, beiseitegedrängt von einer enthusiastischen Masse, die nichts anderes als eine rasche Adoption durch das Wirtschaftswunderland Bundesrepublik verlangte.

Alles, was vorher war, wird auf den Müll geworfen. Alles Heil soll nur noch von der neuen Autorität kommen, der man sich mit Haut und Haar verschreiben will. Also auch hier Rettung vor Verzweiflung durch eine Flucht in eine rasch übergestülpte Fremdidentität. Die anerzogene Abhängigkeit sucht sich einen neuen Halt.

Und sie findet ihn prompt auf der westlichen Seite bei denjenigen Politikern und Managern, die nun in die DDR in Siegermanier einmarschieren, als hätten sie und nicht die Bürgerbewegung drüben den Umsturz bewerkstelligt. Es ist ein makabres Zusammenspiel zwischen den Kapitulantendrüben und den vermeintlichen Siegern von hier; zwischen denen, die Rettung bei einer neuen idealisierten Autorität suchen und denen, die sich als solche gebärden. Dies sind die Bonner Mächtigen, die ungeniert in die neuen DDR-Parteien hineinregieren. So bestimmt neuerdings eine Allianz die Szene, die am allerwenigsten zur Vorbereitung und zum Gelingen der Revolution jenseits der Elbe beigetragen hat. Da lassen sich jetzt jene Bonner Unionspolitiker als Retter feiern, die noch auf die gegen die DDR zielenden atomaren Kurzstrackenraketen pochten und unbeirrt am Moskauer Feindbild festhielten, als Gorbatschow längst mit seiner Abrüstungs- und Demokratisierungsoffensive den Kurs steuerte, der schließlich auch der DDR den Weg zu ihrer Revolution frei gemacht hat.

Für die Partner dieser Allianz kann der Anschluß - wie sie ihn auch immer nennen mögen - nicht schnell genug gehen. Das Gespenst der unmittelbar drohenden Katastrophe jenseits der Elbe soll die baldige Machtübernahme rechtfertigen.

Daß der wirtschaftliche Notstand der DDR unverzügliche westliche Hilfe verlangt, die zu einem erheblichen Teil als Hilfe zur Selbsthilfe funktionieren sollte, leuchtet unmittelbar ein. Aber eine rein mechanische Angleichung der DDR an die Ordnung der Bundesrepublik würde heißen, die Chance einer Neubestimmung gründlich zu verfehlen. Es wäre auch ein undemokratischer Akt. Denn es geht natürlich nicht nur um das Resultat einer gemeinsamen Ordnung, sondern auch der zu ihr führende Weg muß nach demokratischen Regeln bewältigt werden. Das erfordert einen gründlichen Dialog. Dabei stehen sich Reiche und Arme gegenüber. Aber ist es so einfach?

Auch in der Bundesrepublik gibt es inzwischen Millionen Arme. Und das Volk der DDR steht, wenn es sich kritisch betrachtet, durchaus nicht mit leeren Händen da. Da hat man sich zum Beispiel manch respektable soziale Fortschritte erkämpft. Daß man drüben den Frauen längeren Mutterschutz gewährt und die kleinen Kinder arbeitender Mütter besser durch Krippen und Kindergärten versorgt, ist keine irrelevante Nebensache. Die Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse arbeitender Mütter und ihrer kleinen Kinder ist ein wichtiges Kennzeichen für das kulturelle Niveau einer Gesellschaft. Kritischen Teilen der DDR-Bevölkerung widerstrebt auch unsere einseitige Orientierung an wirtschaftlicher Effizienz, Besitz und Konsum. Man will keine rigorose Ellbogen-Mentalität kopieren, die hierzulande zu einer oft beklagten Benachteiligung der Gruppen führt, die im

Hochleistungswettbewerb noch nicht, nicht mehr oder überhaupt nicht mitmachen können - Kinder, alte Leute, Kranke. Vielen in der DDR graust auch vor unserem gnadenlosen Stressbetrieb, der zunehmend zu einer Verflachung des Lebens, zur Unterdrückung des Nachdenkens, der Phantasie, des Gesprächs führt. Alles Gründe dafür, einander wechselseitig lernbereit zuzuhören.

Es braucht Zeit und Geduld, wenn zwei über Jahrzehnte einander durch viele Umstände entfremdete Teile eines Volkes sich nicht nur auf die äußeren Formen, sondern auch auf die innere Qualität ihres Zusammenlebens verständigen wollen. Da muß man lernen, sich ineinander einzufühlen. Man muß Vorschläge austauschen und prüfen. Und das darf nicht nur einigen Ausschüssen und technokratischen Machern überlassen bleiben. Da muß beiderseits die Bevölkerung mitwirken.

Der friedliche Umsturz ist von den Menschen an der Basis herbeigeführt worden. Also darf diese Basis bei der Erarbeitung einer neuen gemeinsamen föderativen Ordnung nicht ausgeklammert werden. Dringend zu hoffen ist, daß sich drüben die Vordenker und die eigentlichen Träger der Revolution wieder stärker zu Wort melden und die voreiligen Anschlußfanatiker bremsen.

Das partnerschaftliche deutsch-deutsche Gespräch muß klären, wie wir unsere künftigen Aufgabe in der Mitte eines sich radikal verändernden Europas auffassen wollen. Nach innen wie nach außen haben wir uns neu zu definieren; gerade auch nach außen, denn unser Vereinigungsprozeß fällt in eine historische Phase, in der sich für alle bisherigen Satelliten der beiden großen Militärblöcke erweiterte Spielräume auftun. Bislang waren die Bundesrepublik und die DDR durch ihre Frontstaatlage am festesten in die polaren Blockstrukturen eingebunden. Diese lösen sich nun schrittweise auf. Damit fällt uns eine weithin noch unbegriffene Eigenverantwortung zu. So sehr wir auch nach wie vor darauf zu hören haben, was die Siegermächte und unsere Nachbarn von uns erwarten, so müssen wir zuallererst selbst klären, wie wir uns verstehen und was wir wollen.

Nachdem wir auf beiden Seiten jahrzehntelang unter unterschiedlicher offener oder verdeckter Vormundschaft gelebt haben, ist es die erste Chance einer neuen Mündigkeit. Auch im Westen hatte sich ja die Mehrheit seit 1945 wesentlich über die Führungsmacht USA definiert. Als Bollwerk des Reichs des Guten gegen das Moskauer Reich der Finsternis hatten wir in den Jahrzehnten des Kalten Krieges und des Rüstungswettlaufs eine klare Funktion zu erfüllen, die uns von unseren schlimmen Erinnerungen ablenkte. Aber nun entfällt diese Funktion, wie sehr ein Manfred Wörner und seine NATO-Kameraden auch besorgt sind, die Blockmentalität und die daraus folgende Rüstungsbereitschaft aufrecht zu erhalten. Aber das ist nur noch ein Rückzugsgefecht, denn keine Propaganda der Welt kann den Mann länger zu einem Feindbild machen, dem die Völker Osteuropas die Chance seiner Demokratisierung und wir Deutschen letztlich den Fall der Mauer verdanken.

Erstmalig seit dem letzten Krieg stehen wir also ohne Satellitenkorsett da, ohne die Rolle als politischer und militärischer Vorposten - und haben unsere Position selbst zu bestimmen. Das nötigt zum Nachdenken darüber, auf welche Art von gemeinsamer Identität wir uns stützen können. Dabei tauchen automatisch unbequeme Erinnerungen auf an die diversen Episoden eines deutschen Nationalstaates, vor allem an die allerletzte und allerschlimmste.

Militarismus und politischer Größenwahn seien endgültig überwunden. Man will uns einreden, dies sei lange vorbei und erledigt. Aber dies erst zu beweisen, sind wir jetzt herausgefordert. Und da gab es bereits eine erste grobe Entgleisung durch das peinliche Taktieren des Kanzlers in der Frage der polnischen Westgrenze. Das war beschämend für viele von uns und erst recht irritierend für unsere sensiblen Nachbarn, die verständlicherweise jeden unserer politischen Schritte an ihren traumatischen Erinnerungen messen.

Die Brückierung der Polen war beileibe nicht nur ein tölpelhafter Mißgriff des Kanzlers, sondern - viel schlimmer noch -, Reaktion auf eine untergründige Rechtsströmung in unserem Land. Hätte Kohl nicht das Abdriften zahlreicher Unionswähler zu den Republikanern gefürchtet, hätte er sich die internationale Schockwirkung sicherlich gern erspart. Also hat diese Affäre eine symptomatische Bedeutung. Ob wir es wahrhaben wollen oder nicht; Es melden sich in Deutschland West und Deutschland Ost Kräfte - zwar eine Minderheit -, die alte nationalistische Ideen wiederaufleben lassen. Mit der Rücksichtnahme auf diese Tendenzen beweist der Kanzler, wie ernst er sie nimmt. Auf seinen Machtinstinkt ist Verlaß. (-/15.5.1990/va-he/rs)

(\*) Wir veröffentlichen diesen Artikel mit freundlicher Genehmigung der Zeitschrift „Der Sozialdemokrat“, herausgegeben vom SPD-Bezirk Hessen Süd.

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer nächsten Ausgabe)

**Bewegung in der Kambodscha-Frage**

**Zu den jüngsten Annäherungstendenzen zwischen China und Vietnam sowie zu Japans  
möglicher Rolle als Vermittler im Kambodscha-Konflikt**

**Von Dieter Schanz MdB**

**Mitglied im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages**

Nach dem hohen diplomatischen Ereignis, dem Besuch des vietnamesischen Außenministers Co Tach in der Bundesrepublik (9. bis 14. Mai 1990) und der damit zusammenhängenden realistischen Hoffnung auf die Realisierung bundesdeutscher Entwicklungszusammenarbeit mit Vietnam (ein in diese Richtung zielender Antrag der SPD-Fraktion wurde dem Bundestag vorgelegt; ebenso hat auch die CDU/CSU-Fraktion nunmehr einen Antrag in dieser Sache eingebracht). Ist es sehr erfreulich, erste Annäherungstendenzen in den Beziehungen zwischen China und Vietnam zu erkennen, wie zum Beispiel die von Radio Beijing gemeldeten „inoffiziellen“ Gespräche zwischen dem Ersten stellvertretenden Außenminister Vietnams, Dinh Nho Liam, mit dem stellvertretenden Außenminister Chinas, Xu Dunxin.

Die japanischen Vermittlungsbemühungen in der Kambodscha-Frage dürften hier eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben. Der Vorschlag Japans nach einer Wiederauflage der Kambodscha-Friedenskonferenz ist ein ernstzunehmendes Angebot an die internationale Staatengemeinschaft, das baldmöglichst in die Tat umzusetzen ist.

Es nimmt nicht Wunder, daß im Presseorgan der Khmer Rouge (und damit auch des Prinzen Sihanouk) diese Tendenzen eher skeptisch bis ablehnend bewertet werden; denn bei einer erfolgreichen Annäherung und damit verbundenen Einigung zwischen China und Vietnam, würden jene Kräfte (Rote Khmer und Prinz Sihanouk), die bisher den Friedensprozeß in Kambodscha blockierten und die damit zusammenhängende politische Isolation Vietnams verursachten, ihre wesentliche Unterstützung, nämlich China, verlieren.

Insgesamt ist eine positiv zu bewertende politische Öffnung Vietnams zu westlichen Staaten (zum Beispiel USA, Japan) zu verzeichnen, was die angekündigten Reformbestrebungen der vietnamesischen Regierung nicht mehr nur als Versprechungen, sondern als ernsthafte Bemühungen nach Doi Moi (Erneuerung) erscheinen läßt.

Dies gilt es auch oder gerade in der Bundesrepublik nach besten Kräften zu unterstützen. Deshalb ist erneut eine zügige Realisierung der Entwicklungszusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Vietnam einzufordern.

Hierbei muß im Zusammenhang mit dem Wiedervereinigungsprozeß zwischen der Bundesrepublik und der DDR zweierlei überprüft werden: zum einen, welche von der DDR in Vietnam laufenden Entwicklungsprojekte weiterhin zu fördern sind und zum anderen ist das Schicksal vietnamesischer ArbeitnehmerInnen in der DDR zu klären, da diese nunmehr aufgrund der neuesten Entwicklungen zwischen Ost und West ihre Existenz gefährdet sehen.

Abschließend bleibt zusammenzufassen:

1. Eine zügige Realisierung der Entwicklungszusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Vietnam bleibt zu fordern.
2. Die politischen und ökonomischen Reformbestrebungen der Hanoier Regierung sind nach besten Kräften zu unterstützen.
3. Der Wandel der chinesischen Haltung gegenüber Vietnam ist zu begrüßen.
4. Die japanischen Bemühungen, erneut eine Kambodscha-Friedenskonferenz zu realisieren, sind äußerst wichtig und verdienen deshalb die größtmögliche Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft.

(-/15.5.1990/vo-he/rs)

### Innerörtlichen Autoverkehr ausdünnen

Zur Notwendigkeit, die Städte wieder menschengerecht werden zu lassen

Von Ernst Haar MdB

Mitglied der Regierungskommission Bundesbahn  
Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Noch sind die Städte in der Minderzahl, die ihre Straßenverkehrsprobleme, die sie zu ersticken drohen, energisch und konzeptionell anpacken. Noch ist das Automobil zu sehr Popanz, wird zu wenig von der Vernunft her beurteilt, als nüchterner Gebrauchsgegenstand betrachtet. Die umweltbelastenden Wirkungen von Pkw und Lkw bei ihrer Herstellung, Benutzung und Entsorgung werden längst nicht überall im notwendigen Gesamtzusammenhang gesehen.

Um so begrüßenswerter sind Initiativen der IG Metall und des Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß auch Autowracks in einen geordneten Recycling-Prozeß eingegliedert werden müssen. In der Tat ist nicht einzusehen, daß bei einer verbrauchten Ware Auto nicht das gelten soll, was bei Glasflaschen, Blechdosen und Batterien üblich zu werden beginnt und zum Beispiel bei Kunststoffbehältern von der SPD gefordert wird: Sammlung und Rückgabe, Wiederverwertung, Rücknahmepflicht des Herstellers.

Werum sollte das Automobil bei dem sich allenthalben durchsetzenden Verursacherprinzip im Umweltschutz eine Ausnahme machen? Wer eine Umweltbelastung bewirkt, muß auch für ihre Beseitigung aufkommen. Die konsequente Wiederverwertung der in Altautos vorhandenen Rohstoffe bei Rücknahmepflicht durch den Hersteller ist ein wichtiger und richtiger Weg, den DGB und IGM hier weisen.

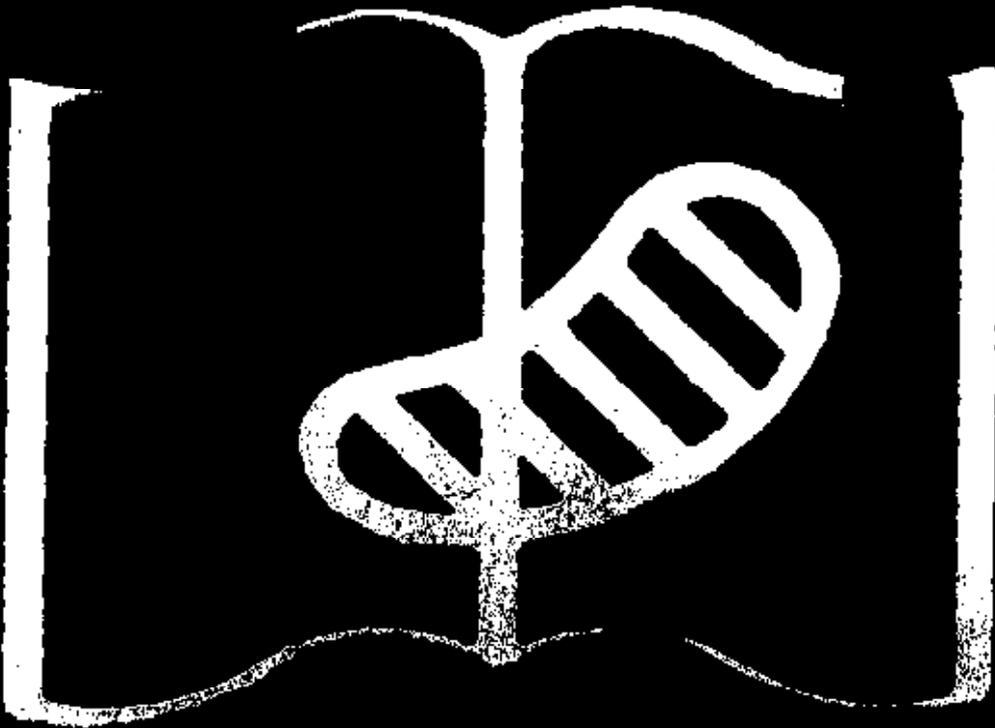
Aber nicht nur am „Lebensende“ des individuellen Automobils muß sich mehr nüchterne Betrachtungsweise Bahn brechen, sondern auch während seiner sogenannten Nutzungsphase. Es geht nicht - wie manche Demagogen unterstellen wollen - um die Verwirklichung völlig autofreier Städte und Cityzonen, sondern um verkehrsberuhigte, so weit wie möglich Pkw- und Lkw-reduzierte Lebensbereiche. Innenstädte und Wohngebiete müssen nicht auto-, sondern menschengerecht sein. Es ist deshalb falsch, immer mehr Parkhäuser in die Ortskerne zu pflanzen und damit die Luftvergiftung und Erstickung der Citys weiter zu beschleunigen.

Gegen Luft- und Raumnot in den von Millionen Menschen bewohnten Verdichtungsgebieten helfen nur aufeinander abgestimmte Maßnahmenbündel für den Bereich des Straßenverkehrs. Den Kommunen müssen gesetzlicherseits intelligente Lösungsalternativen ermöglicht werden, mit denen sie die Bedingungen des Kfz-Verkehrs in ihren Ballungszentren autonom regeln können.

Dazu gehören vor allem die Reduzierung des ruhenden und parkplatzsuchenden Verkehrs sowie das Fernhalten von Schwerlastern. Lieferverkehre in Innenstädten sollten eigene Zufahrtswege haben und nur mit größenbeschränkten Fahrzeugen ausgestattet sein. Der Zugang zum Innenstadtbereich mit Privat-Pkw für Nichtanlieger könnte über Zeitkartenangebote öffentlicher Verkehrsmittel geregelt werden. Die Umwelt-Abos verschiedener bundesdeutscher Kommunen (übertragbare Netzkarten für Busse und Bahnen) sind ermutigende Beispiele.

Der Schlüssel zu einer menschengerechten Stadtpolitik, die unnötigen und belastenden Individual-Straßenverkehr vermeidet, liegt in einem attraktiven Verbundangebot öffentlicher Nahverkehrsmittel. Bahnen und Busse werden vom Bürger angenommen. Sie müssen aber in ausreichendem, komfortablem und preisgünstigem Umfang vorhanden sein. Eine Politik reiner Verkehrsverbote ohne die Schaffung hinreichender Alternativangebote für die Mobilität der Bürger wäre ebenso wenig sinnvoll wie die heute leider noch allzu verbreitete unsinnige staatliche Subventionierung von Autowahn und Straßenbau.

(-/15.5.1990/va-he/rs)



men-  
auen  
auen.

deut-  
die  
neue  
Not-

reibt,  
n mit  
le Er-

t (für  
mmu-

beits-

Kin-

lung  
sab-

um-  
ort-

ies

(r)